

VERMÖGENSABSCHÖPFUNG

Verbesserungen in Sicht

Es kommt Bewegung ins Thema „Vermögensabschöpfung“. Im Rahmen der Justizministerkonferenz in Hannover sollen auf niedersächsische Initiative zahlreiche Gesetzesänderungen vorgelegt werden. Wir klären die wichtigsten Fragen.

Was ist Vermögensabschöpfung?

Unter „Vermögensabschöpfung“ versteht man rechtliche Maßnahmen, die darauf abzielen, rechtswidrig erlangtes Vermögen einzuziehen. Dies betrifft insbesondere Vermögenswerte, die durch Straftaten erlangt wurden. Ziel der Vermögensabschöpfung ist es, Gerechtigkeit herzustellen, indem Kriminellen der wirtschaftliche Vorteil aus ihren Straftaten entzogen wird und damit gegebenenfalls Geschädigte entschädigt werden.

Bislang sind die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensabschöpfung jedoch unzureichend. So kommt es in der Praxis bei der Rechtsprechung immer wieder dazu, dass aus Taten erlangte Geldmittel nicht eingezogen werden können. So berichtet beispielsweise die Hannoversche Allgemeine Zeitung, dass Täter, die durch Drogenhandel erwirtschaftetes Geld in ein Auto investieren und dieses mit Gewinn verkaufen, derzeit nicht befürchten müssten, dass der Erlös des Autoverkaufs entzogen wird.

Was macht die Politik?

Die Politik hat das Problem erkannt. Im Koalitionsvertrag unserer rot-grünen Landesregierung ist die Vermögensabschöpfung explizit als Ziel formuliert: „Mit Straftaten darf kein Geld verdient werden. Daher werden wir die konsequente Anwendung von Instrumenten wie der Vermögensabschöpfung und der Einziehung illegal erlangter Vermögenswerte weiter vorantreiben.“



Foto: Dirk Lässig

Janine Mai wirbt auf dem GdP-Bundeskongress im Jahr 2022 für den niedersächsischen Antrag zur Vermögensabschöpfung.

Gemeinsam mit Bremens Justizsenatorin Claudia Schilling setzt sich unsere Justizministerin Kathrin Wahlmann (beide SPD) für eine Umsetzung ein. Auf der Justizministerkonferenz Anfang Juni 2024 in Hannover, bei der Wahlmann aktuell den Vorsitz innehat, soll daher ein Paket mit Gesetzesänderungen vorgelegt werden. Ein Ergebnis stand zum Redaktionsschluss unseres Mitgliedermagazins noch nicht fest.

Was fordert die GdP?

Wir fordern eine finanzielle Beteiligung der Polizei bei Taterträgen im Rahmen der Gewinn- beziehungsweise Vermögensabschöpfung. Die finanzielle Beteiligung der Polizei würde eine Investition in die Bekämpfung entsprechender Kriminalitätsfor-

men darstellen und könnte der Ausbildung und Ausstattung der Ermittlerinnen und Ermittler zugutekommen. Ein entsprechender Antrag der GdP Niedersachsen wurde auf dem GdP-Bundeskongress im Jahr 2022 angenommen.

Beispiel Baden-Württemberg

Bereits seit den frühen 2000er-Jahren gibt es in Baden-Württemberg einen Beschluss über die Verwendung abgeschöpfter Taterträge. Darin wurde unter anderem festgehalten, dass ein Teil der abgeschöpften Vermögenswerte speziell Polizei und Justiz zugutekommen soll. Darin beinhaltet waren auch Zuwächse bei den Personalstellen in den Staatsanwaltschaften und den Gerichten.

Den Behörden ist dabei selbst überlassen, wie die Gelder in den Haushalten verwendet werden, in erster Linie sollen aber Bereiche berücksichtigt werden, die hauptsächlich in der Finanzermittlungsarbeit tätig sind. So wird im LKA Baden-Württemberg beispielsweise eine Lizenz für eine umfangreiche Wirtschaftsdatenbank bezahlt. Ein Beispiel, das nach Ansicht der GdP Schule machen sollte. ■





Zwei „Architekten“ der Reform im Interview mit der GdP: der damalige Innenminister Gerhard Glogowski (links) und der damalige GdP-Landesvorsitzende Horst-Udo Ahlers

JUBILÄUM

30 Jahre Bürgerpolizei

„Polizeireform in Niedersachsen – Analyse des Ist-Zustandes und Vorschläge zur Neukonzeption“. Diesen Titel trägt der fast 300 Seiten dicke Abschlussbericht der Reformkommission, die von 1990 bis 1993 hieran gearbeitet hat und der die Grundlage der Polizeireform von 1994 bildet. Die Reform markierte den Beginn der „Bürgerpolizei“ in Niedersachsen.

Auf den Begriff „Bürgerpolizei“ angesprochen, reagieren junge Kolleginnen und Kollegen heute nicht selten mit fragenden Blicken. Nicht, weil ihnen eine bürgernahe Polizei fern läge, sondern weil sie so selbstverständlich ist, dass sie eigentlich keine eigene Bezeichnung mehr braucht. Anfang der 1990er-Jahre sah dies allerdings anders aus. Der damalige Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) erklärte 1993 auf eine Kleine Anfrage der CDU im Landtag nach der Definition des Begriffes, der im Zusammenhang mit der Reform geprägt worden war, sinngemäß: Der Ausdruck beschreibt eine Polizei, die zwar als Staatsgewalt auftritt, als solche aber die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertritt, indem sie deren Streben nach einem reibungslosen und geordnetem Zusammenleben Ausdruck verleiht. Sie ist insofern abzugrenzen von einer Staatspolizei. Das Ziel einer Bürgerpolizei sollte es sein, sich nicht von gesellschaftlichen Prozessen abzukoppeln, sondern sich als Teil der Gesellschaft zu betrachten, um die Differenz zwischen Erwartungen der Bevölkerung und den Leistungsmöglichkeiten der Polizei nicht zu groß werden zu lassen. Nur so kann sie größtmögliche Akzeptanz erlangen, auf die sie angewiesen ist, um ihren Auftrag zu erfüllen.

Nach der Landtagswahl 1990 hatte die Koalition aus SPD und Grünen als zentrales Ziel formuliert, die Polizei Niedersachsen auf ihren Reformbedarf untersuchen zu lassen. Eingesetzt wurde dazu eine umfangreiche Kommission, deren Kern zwölf Mitglieder angehörten, die von einem 28-köpfigen Beirat ergänzt wurde, der für Bera-

tungen und Anregungen zuständig war. So waren neben den Kommissionsmitgliedern aus der Polizeipraxis auch Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft, Justiz, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren gesellschaftlichen Gruppen vertreten. In insgesamt acht Untersuchungsfeldern waren insgesamt rund 170 Personen in die Arbeit eingebunden, die über die dreijährige Arbeit der Kommission von einer eigenen Geschäftsstelle betreut wurden.

Rolle der GdP

Maßgeblich beteiligt war die GdP unter ihrem Landesvorsitzenden Horst-Udo Ahlers, die federführend in diversen Bereichen beteiligt war und die Arbeit der Kommission maßgeblich vorbereitet hatte. Anlass für die Reform gaben zum einen offensichtliche Mängel und vielfach angemahnte Veränderungen in der Organisation und dem inneren Gefüge der Polizei, wie sich dem Untersuchungsauftrag entnehmen lässt. Vor allem sollte es aber auch um die öffentliche Wahrnehmung in der Bevölkerung gehen. Zu den Kernzielen der Reform gehörte es darum auch, die Rolle und Funktion der Polizei in der Gesellschaft neu zu definieren. So beschreibt der Bericht in seiner Einleitung: „Der Polizei ist ein abgesichertes Berufsbild zu geben, das an den obersten Wertentscheidungen der Verfassung ausgerichtet ist. (...) Nur eine betont grundrechtsorientiert und bürgerfreundlich arbeitende Polizei (Bürgerpolizei) kann diesem Anspruch gerecht werden.“



Im Landesjournal der DP vor 30 Jahren wurde ausführlich über die Polizeireform berichtet.

Ein neues Selbstverständnis

Das Ziel der Reform bestand also darin, interne Strukturen zu überarbeiten, wie die Polizeiführung und -ausbildung, die Aufgaben der Polizei neu zu definieren und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Durch das so geschaffene zeitgemäße Selbstverständnis sollten Prozesse und Aufgabendefinitionen verändert werden und so gleichermaßen nach außen mehr Transparenz und Bürgernähe entstehen. Dieser Prozess war angesichts der in der Nachkriegszeit aufgebauten Organisation an der Zeit, wenngleich die Abkehr von einer vor allem autoritär und repressiv auftretenden Polizei in Teilen massive Veränderungen bedeutete, die teilweise kontrovers diskutiert wurden. So war vor allem die Neugestaltung des Verhältnisses von Schutz- und Kriminalpolizei nicht unumstritten.

Insgesamt war die Reform aber ein wegweisender Erfolg und ebnete der Polizei in Niedersachsen, wie sie heute existiert, den Weg. Grundlegende Veränderungen, wie die wachsende Anzahl weiblicher Polizeibeschäftigter, die Einführung der zweigeteilten Laufbahn und der Wandel von einer Kultur der Prävention statt Repression bei der Kriminalitätsbekämpfung, wurden durch die Arbeit der Kommission und die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen in der Reform ermöglicht. Das 30-jährige Jubiläum feierte die GdP Niedersachsen darum im Juni mit einer Festveranstaltung, über die wir in der kommenden Ausgabe berichten. ■

WIR AUF INSTAGRAM

GdP Niedersachsen

@gdpniedersachsen

GdP-Mitgliederservice GmbH

@gdp_touristik

JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen

@junge_gruppe_gdp_nds



HOMEPAGE

Neues Design für die Website der GdP Niedersachsen

Nach etwa 20 Jahren, in denen sich GdP online – abgesehen von einigen Aktualisierungen – im gleichen Gewand präsentierte, ist es an der Zeit für eine grundlegende Neuerung: Ende Juni wurde die Website der GdP Niedersachsen einem vollständigen Relaunch unterzogen. Die Website www.gdpniedersachsen.de präsentiert sich nun ebenso wie die Auftritte der anderen Landesbezirke und des Bundesvorstands übersichtlicher und moderner.

Neben aktuellen Neuigkeiten aus dem Landesvorstand und Informationen rund um das Leistungsangebot der GdP und ihrer Partner sind auch alle regionalen und fachlichen Untergliederungen vertreten und können sich auf der Website vorstellen. Sie sind weiterhin aufgerufen, ihre Darstellungen bei Bedarf zu aktualisieren und der Geschäftsstelle Berichte und Informationen über ihre Aktivitäten zukommen zu lassen, um stets aktuelle und relevante Informationen zu bieten. ■



Foto: GdP

Meldungen aus dem Landesbezirk

Übrigens:

Auch in den sozialen Netzwerken ist die GdP aktiv. Vor fast einem Jahr ging die Instagram-Seite @gdpniedersachsen online. Mittlerweile zählt sie eine vierstellige Anzahl an Followern und erfreut sich wachsender Beliebtheit. Weniger erfreulich ist, dass die Facebook-Seite der GdP Niedersachsen einige Wochen nicht erreichbar war: Der Meta-Konzern hat sie ohne Angabe von Gründen gesperrt. Zum Redaktionsschluss war die Seite wieder online und ist nun hoffentlich dauerhaft wieder aufrufbar.



Alle anzeigen



Das **Referat 26** des MI ist für den Bereich Technik & Finanzen der Polizei Niedersachsen zuständig. In den drei Referatsteilen werden insbesondere die Themen „Führungs- und Einsatzmittel der Polizei Niedersachsen“, „Informations- und Kommunikationstechnologie“ sowie „Finanzen & Liegenschaften“ bearbeitet.

IM INTERVIEW

In den Fuhrpark kommt Bewegung

Fahrzeuge, Waffen, Einsatzmittel und Bekleidung – die Themen, die das Referat 26 im niedersächsischen Innenministerium bewegen, sorgen auch unter den Kolleginnen und Kollegen oft für Gesprächsstoff. Grund genug, sich regelmäßig mit Thomas Prange und Thomas Wolff zum Interview zu verabreden. Mit dabei war auch Gerd Hartung, Vorsitzender unseres Fachausschusses „Schutzpolizei“.

Philipp Mantke
Landesredakteur

DEUTSCHE POLIZEI: Bei unserem letzten Treffen waren die teils langen Lieferzeiten des LZN bei der Bekleidung aufgrund von Ukrainekrieg und Coronapandemie ein großes Thema. Wie hat sich die Lage entwickelt?

Thomas Wolff: Die Lage hat sich in dem Bereich tatsächlich entspannt; die Lieferzeiten haben sich im vergangenen Jahr deutlich reduziert. So konnten beispielsweise über 90 Prozent der Studierenden vollumfänglich ausgestattet werden. Insbesondere bei den Randgrößen – also besonders großen oder kleinen Ausführungen – gibt es allerdings noch Rückstände.

Thomas Prange: Das LZN wird schnell mit großen internationalen Onlinehändlern ver-

glichen und dann kritisiert. Ein Vergleich ist aber faktisch nicht möglich, da die Konstellationen vollkommen andere sind. Am Ende ist nur gleich, dass ein Paket mit Ware geliefert wird. Alles andere unterscheidet sich gänzlich voneinander. Das LZN ist ein landeseigener Betrieb und kein gewinnorientiertes Unternehmen und damit an das Vergaberecht sowie die Landeshaushaltsordnung gebunden, um nur zwei Vorschriften zu nennen. Zudem verpflichtet wir uns als Landesverwaltung u. a. zur Nachhaltigkeit, zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und zur Zahlung gerechter Löhne. Große Onlinehändler oder Ketten tun dies ausdrücklich nicht und fördern damit zum Teil Kinderarbeit und Niedrigstlöhne.

Thomas Wolff: Das Vergaberecht setzt hier deutliche Grenzen. Wenn z. B. ein Vertrag

seitens eines Lieferanten nicht erfüllt wird, können wir die Produktion nicht „mal eben“ an eine andere Firma auslagern. Es könnten Vertragsstrafen geltend gemacht werden. Diese tun den Herstellern zwar empfindlich weh; sie können aber die tatsächliche Lieferung von Waren auch nicht beschleunigen.

DEUTSCHE POLIZEI: Der neue Einsatzgürtel kann nur über das Budget der Dienststellen beschafft werden, für das Oberschenkelholster hingegen besteht die Möglichkeit, das eigene Budget zu nutzen. Warum werden Führungs- und Einsatzmittel (FEM) nicht einfach über das persönliche Budget mit abgebildet?

Thomas Prange: Das persönliche Bekleidungsbudget ist für den Ersatz ausgetragener und verschlissener Dienstkleidung ausgewiesen. Es soll damit im Grundverständnis gewährleisten, dass die Polizei in Niedersachsen ein ordentliches Bild in der Öffentlichkeit abgibt. Die Möglichkeit, mit diesem Budget auch FEM zu beschaffen, würde die Kaufkraft für Bekleidung senken. Aktuell mindern schon u. a. Preissteigerungen und Inflation die Kaufkraft. Wir haben uns daher entschieden, diesen Weg nur im absoluten Ausnahmefall zu wählen, um die Einführung von Neuheiten zu beschleunigen und den Behörden einen gewissen Beschaffungsdruck zu nehmen. So wurde in der Vergangenheit zeitweise die Beschaffung von Taschenlampen und Rescuetools aus dem persönlichen Budget ermöglicht. Ab Oktober soll daher die Halteplatte des



Im Gespräch: Philipp Mantke, Gerd Hartung, Thomas Prange und Thomas Wolff (von links).



Weitere Infos

aus dem **Referat 26** rund um Einsatzmittel gibt es auch auf Null1|5 im Blog „Q“ – Technik und Bekleidung.



Foto: Philipp Manke



Links die HK SFP9, rechts die deutlich kleinere HK SFP9CC

Oberschenkelholsters für ein Jahr ebenfalls über das Bekleidungsbudget beschaffbar sein.

Thomas Wolff: Es ist Aufgabe der Dienststellen, ihre Beschäftigten mit den erforderlichen FEM auszustatten. Das Oberschenkelholster bedient allerdings auch einen gewissen Gesundheitsaspekt. Hiervon sollen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen profitieren können. Wir haben den Beschaffungsprozess auch so gestaltet, dass wir eine Priorisierung vorgenommen haben. Die Kolleginnen und Kollegen mit einem ärztlichen Attest bekommen das Oberschenkelholster in erster Priorität von der Behörde beschafft. Erst hiernach greift die Option der Beschaffung über das persönliche Budget.

DEUTSCHE POLIZEI: Gibt es für den Streifenwagen der Autobahnpolizei schon einen neuen Rahmenvertrag?

Thomas Prange: Wir haben uns auf einen neuen Standard festgelegt, auf deren Grundlage aktuell ein neuer Rahmenvertrag vereinbart wird. Es wird zukünftig nur noch einen colorierten Funkstreifenwagen für die Autobahnpolizei auf Basis eines Großraum-

funkstreifenwagens geben. Dies ist ein Paradigmenwechsel. Das Leistungsgewicht wird dabei natürlich bedarfsgerecht angepasst. Welcher Hersteller den Zuschlag erhält, wird die europaweite Ausschreibung zeigen.

Thomas Wolff: Generell ist der Fuhrpark ein Thema, bei dem wir mehr investieren müssen. Unsere Bedarfe und die verfügbaren Haushaltsmittel passen leider nicht zusammen. Umso mehr müssen wir darauf achten, wie wir unseren Fuhrpark gestalten und welche Beschaffungen wir tätigen. Die Modernisierung des Fuhrparks ist – wie auch in der Vergangenheit – Gegenstand der laufenden Haushaltsverhandlungen.

Thomas Prange: Wir müssen und wollen perspektivisch andere Technologien einführen. Gerade in Bezug auf den schonenden Umgang mit den endlichen Ressourcen unserer Erde sind wir verpflichtet, für uns und die nachfolgenden Generationen nachhaltig zu denken. Unser Fuhrpark befindet sich in einem starken Umbruch; der Schwerpunkt liegt bei der Elektromobilität. Dieser Trend wird in den nächsten Jahren weiteren Schub bekommen und der reine Verbrenner stirbt perspektivisch aus. So werden derzeit beispielsweise zwei VW ID.4 als rein elektrische Streifenwagen erprobt.

DEUTSCHE POLIZEI: Was beschäftigt das Referat 26 derzeit noch in Sachen FEM?

Thomas Wolff: Wir haben aktuell einen „Einsatzmittelkatalog“ bei Null1|5 veröffentlicht. Auf über 150 Seiten stellen wir dar, wie vielfältig das Angebot an FEM bereits ist.

Für die Reiterstaffeln entwickeln wir gerade in einer Forschungs Kooperation mit einem Hersteller einen neuen Einsatzreithelm. Die aktuelle Variante ist zu schwer, zudem besteht das Risiko, dass am Sattel hängende Helme die Pferde verletzen können. Bis Jahresmitte rechnen wir mit einem ersten Prototyp.

Thomas Prange: Mit der HK SFP9CC – das CC steht dabei für concealed carrier, also verdeckte Trageweise – wollen wir eine neue Dienstwaffe einführen. Es handelt sich dabei um eine proportional deutlich verkleinerte Variante der Dienstwaffe, die eine hervorragende verdeckte Tragemöglichkeit gewährleistet.

Keine Erprobung der „Distanzstange“

Am Rande unseres Gesprächs mit den Vertretern aus Referat 26 haben wir auch über die Erprobung von Distanzstangen als polizeiliches Einsatzmittel gesprochen. Die Stangen werden im Bereich der niedersächsischen Justizvollzugsanstalten bereits erfolgreich eingesetzt und erlauben es, eine Distanz zu angreifenden Personen aufzubauen und einzuhalten.

Das Innenministerium hat nach intensiver Prüfung einer Erprobung nicht zugestimmt. Dem Einsatzwert dieses nur in speziellen Situationen anwendbaren Einsatzmittels steht nach Ansicht des Referats 26 ein hoher Aus- und Fortbildungsaufwand entgegen. Auch der Wechsel auf ein anderes Einsatzmittel oder die Möglichkeit eines Rückzugs wird als schwer umsetzbar angesehen.

Die Distanzstange bleibt daher weiterhin ausschließlich für den Einsatz im Spezialeinsatzkommando zugelassen.

Thomas Wolff: Diese sehr spezielle Waffe wird jedoch im Gegensatz zur P2000 Subkompakt, die für alle Waffentragenden auf Wunsch verfügbar war, nicht allen zur Verfügung stehen. Derzeit arbeiten wir an einem entsprechenden Ausstattungskonzept.

DEUTSCHE POLIZEI: Vielen Dank für das Gespräch!



Der neue Einsatzgürtel mit gepolsterten Untergürtel bietet einen deutlich angenehmeres Tragegefühl. Er ist über die Dienststellen beziehbar.



Ab Oktober soll die Halteplatte des Oberschenkelholsters für ein Jahr über das Bekleidungsbudget beschaffbar sein.



**schauinsland
reisen**



Bulgarien Burgas Obzor

AluaSun Helios Beach
8 Tage · Doppelzimmer Parkblick · All Inclusive

p.P. ab **940€**

z.B. am 13.08.2024 ab Hannover

Lernt die Vielseitigkeit Bulgariens kennen – die perfekte Destination für Erholung, Erleben und Erkunden!

Ein Mix aus Kultur, traumhaften Stränden und einer abwechslungsreichen Kulinarik macht den Urlaub in Bulgarien zu etwas ganz Besonderem – Und das zu verlockenden Preisen!



GdP Touristik
Berckhusenstr. 133a
30625 Hannover
0511/530380
0511/5303850
service@gdp-service.de
Instagram: gdp_Touristik



GEWERKSCHAFTSARBEIT VOR ORT

So begeistert Braunschweig für aktive Gewerkschaftsarbeit

Wie weckt man bei unseren Kolleginnen und Kollegen das Interesse, sich aktiv gewerkschaftlich zu beteiligen? Die Bezirksgruppe Braunschweig hat mit ihrer Bezirksjugendkonferenz ein Beispiel geliefert, das zum Nachmachen anregt.

Ausschlaggebend war ein Länderwechsel: „Da unser bisheriger Bezirksjugendvorsitzender nach Hamburg versetzt wurde, hatten wir Bedarf an einer Neuwahl“, erklärt der Bezirksvorsitzende Christian Gleich.

Foto: privat



Erik Meißner
Schriftführer im
Bezirksjugendvorstand

„Ich möchte etwas in dieser Polizei für die jungen Kolleginnen und Kollegen bewegen, denn ihnen gehört die Polizei der Zukunft.“

Um die Bezirksjugendarbeit auf eine möglichst breite Basis zu stellen, wurden zunächst Vorgespräche mit allen Kreisgruppen geführt. Anschließend gab es ein Vortreffen mit allen, die sich eine Mitarbeit im neuen Bezirksjugendvorstand vorstellen

konnten. Schließlich wurden die Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP) im Bezirk angeschrieben. Insbesondere die intensiven Vorgespräche und das „Klinkenputzen“ führten dazu, dass die außerordentliche Bezirksjugendkonferenz mit über 30 Teilnehmenden super besucht war.

Doch damit nicht genug, berichtet Christian Gleich stolz: „Unser ‚Rundum-sorglos-Paket‘ und die tolle Atmosphäre auf der Konferenz bewegten mehrere Teilnehmende, sich spontan aufstellen zu lassen, sodass wir den Vorstand noch um ein paar Beisitzerinnen und Beisitzer erweitern konnten!“

Nach den Wahlen setzen die Gewerkschafter:innen in einem transparenten Prozess und mit digitaler Unterstützung durch „Mentimeter“ ihre Schwerpunkte für die kommende Zeit. Abgerundet wurde der formale Teil der Tagung mit Vorträgen zu Beurteilung und Beförderungssituation sowie zur Untersuchung zur Verbeamtung auf Lebenszeit.

In der Bezirksgruppe Braunschweig wurde damit eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Nachwuchsarbeit gelegt. Habt auch ihr Beispiele aus euren Kreis- und Bezirksgruppen? Wir freuen uns über eure Anregungen! ■

Foto: privat



Niklas Kuhn
Beisitzer im
Bezirksjugendvorstand

„Ich habe mich für die Gewerkschaftsarbeit interessiert, weil ich bereits im Studium vieles von der GdP erfahren habe. Ich wirke in der GdP mit, um bei den jungen Kolleginnen/Kollegen u. a. auf die Themen Arbeitsbedingungen, Personalzuwachs, Fortbildungen und bessere Beförderungsmöglichkeiten gewisses Interesse zu wecken.“

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de



Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Pla-

nung. Unangekündigt zugesandte Artikel können nicht immer in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 9/2024 können bis zum 19. Juli 2024 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden.

Vielen Dank!

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Fahrt mit *Höhepunkten* in drei Bundesländern

Die Kreisgruppe Osterode hatte auf ihrer Jahreshauptversammlung im Jahr 2023 beschlossen, eine Tagesfahrt für die Mitglieder durchzuführen. Am 25. April 2024 ging es aus Südniedersachsen mit einem gecharterten Reisebus in den Harz zum Bahnhof „Drei Annen Hohne“, wo ein Zug der Harzquerbahn – natürlich mit einer Dampflokomotive – bestiegen wurde, der die Gruppe auf den Brocken brachte. War das Wetter bis hierhin recht gut, herrschte auf dem Gipfel Nebel, und nach vorangegangenen Schneefällen war die Bergkuppe bei Temperaturen deutlich unter dem Gefrierpunkt in winterliches Weiß getaucht. Beim Brockenwirt gab es einen ersten Imbiss und Getränke. Nach dieser Stärkung ging es mit dem Dampfzug zurück nach Drei Annen Hohne, wo der Bus die Teilnehmenden zum nächsten Höhepunkt der Fahrt brachte: die Rappbodetalperre, ebenfalls in Sachsen-Anhalt, mit der weltweit längsten Hängebrücke dieser Art, die sich mit über 483 Metern Länge in rund 100 Metern Höhe über das Rappbodetal zieht. Die meisten der Kolleginnen und Kollegen ließen es sich



Foto: Bernd Effenberger

Auch das „typische Brockenwetter“ konnte der guten Stimmung der Teilnehmenden nichts anhaben.

nicht nehmen, ein Ticket zu lösen und zu Fuß das doch etwas schwankende Bauwerk zu überqueren. Zur Belohnung wartete dann nach der nächsten Busetappe in der Brauerei-Gaststätte Brauner Hirsch in Sophienhof (Thüringen) leckeres Essen und Getränke. In netter Runde fand hier eine sehr gelungene und bestens organisierte Tagesfahrt seinen Abschluss, bevor es mit dem Bus zurück an die Abfahrtsorte ging. Die Kreisgruppenvor-

sitzende Heike Höche bedankte sich bei allen Teilnehmenden und den Organisatoren Bernd Effenberger und Hans-Werner Ingold. Auch die Teilnehmer (Aktive und Pensionäre) waren allesamt sehr zufrieden – hatte doch dieser gemeinsame Tag einmal mehr den Zusammenhalt innerhalb der Kreisgruppe gefördert.

Karl-Heinz Wolter

Bezirksgruppe ZPD NI



Gemeinsam mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) hat die Bezirksgruppe ZPD NI die Deutschen Polizeimeisterschaften im Judo am 15. und 16. Mai 2024 mit einem Erfrischungsstand betreut. Danke an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer!